

## **Protokoll der 48. Sitzung**

der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am Freitag, dem 22. Oktober 1993; Beginn: 10.00 Uhr; Bonn, Bundeshaus, NH 1903;; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU), Abg. Margot von Renesse (SPD); einziger Punkt der Tagesordnung: Öffentliche Anhörung zu dem Thema

## **„Die Deutschlandpolitik von 1949 bis in die sechziger Jahre“**

### **Inhalt**

#### **Eröffnung**

Rainer Eppelmann . . . . . 238

#### **Vorträge**

Horst Möller . . . . . 240

Bernd Faulenbach . . . . . 254

„Die Deutschlandpolitik von 1949 bis in die sechziger Jahre“

Josef Foschepoth . . . . . 265

„Adenauer und die deutsche Frage“

Gerhard Wettig . . . . . 271

„Die Deutschland-Note vom 10. März 1952 nach Akten des sowjetischen Außenministeriums“

**Diskussion** . . . . . 275

#### **Anlage**

Horst Möller, Schwerpunkte der Politik Konrad Adenauers in bezug auf die Deutschlandpolitik und die Westintegration, 1949–1963 (Manuskriptfassung) . . . . . 326

**Vorsitzender Rainer Eppelmann (CDU/CSU):** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie alle ganz herzlich begrüßen, in besonderer Weise, Sie verzeihen mir die Heraushebung, den Vertreter der Bundeszentrale für politische Bildung. Ich halte es für ungeheuer wichtig, daß er immer wieder mit dabei ist und durch sein Dabeisein immer wieder zeigt, daß das, was diese Enquete-Kommission leistet, etwas Wichtiges ist und unter die Menschen gebracht werden muß. Wir sind zutiefst davon überzeugt, unsere Aufgabe kann nur gelingen, wenn sie von möglichst vielen Deutschen zur Kenntnis genommen wird. Ich freue mich auch darüber, daß ein Fachminister unseres

Themas, der sich mit gesamtdeutschen Teilungs-Fragen befassen mußte, heute unter uns ist. Ich begrüße herzlich Herrn Dr. Erich Mende. (Beifall)

Die heutige 48. Sitzung der Enquete-Kommission, die in öffentlicher Anhörung das Thema „Die Deutschlandpolitik von 1949 bis in die sechziger Jahre“ behandelt, steht für mich in engster Verbindung zu der zweitägigen Veranstaltung, die wir in der vorigen Woche im Berliner Reichstag hatten, am 12. und 13. Oktober 1993. Da haben wir die Deutschlandpolitik gewissermaßen von außen her betrachtet. Wir haben uns mit den internationalen Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik beschäftigt und der besonderen Rolle, die das geteilte Berlin dabei spielte.

Mich hat und ich möchte noch einmal daran erinnern, bei dieser Anhörung ganz stark beeindruckt, was die ausländischen Freunde und Kollegen uns berichtet haben. Sowohl unter den Menschen, die sich im Prager Frühling engagierten und um die Charta 77 organisierten, wie auch bei denen, die in Polen die Solidarnosc zur gesellschaftsverändernden Massenbewegung machten, gab es nicht wenige, die über die deutschen Perspektiven offensichtlich ein Stück anders als wir und auch sehr kreativ nachdachten. Wenn da von den neuen Perspektiven gesprochen wurde, die sich nach der Veränderung der sozialistischen Zwangsregime ganz selbstverständlich ergeben müßten, dann spielte auch die folgende Überlegung immer wieder eine wichtige Rolle: Das zueinanderfindende Europa kann nur im Frieden leben, wenn die deutsche Frage befriedigend gelöst worden ist. Befriedigend gelöst werden kann die deutsche Frage aber nur auf dem Weg der Vereinigung oder Wiedervereinigung. Dabei gab es bei den polnischen, tschechischen und slowakischen Freunden gewiß auch sehr unterschiedliche Vorstellungen, in welcher Weise und in welchen Zeiträumen diese deutsche Vereinigung bewerkstelligt werden könnte. Aber die Perspektive war da! Gewiß auch deshalb, weil das nationale Selbstverständnis bei unseren östlichen Nachbarn nicht jene Brüche hinnehmen mußte, die uns Deutsche vor dem Hintergrund unserer jüngsten Geschichte nicht erspart bleiben konnten.

Wir haben, wenn wir in Deutschland über die Zukunft unseres geteilten Landes nachdachten, die Perspektiven anders gesehen und bewertet. Wir haben zu beiden Seiten der Grenze immer wieder gesagt: An den deutschen Verhältnissen darf nicht gerüttelt werden! Sie müssen als Folge des Zweiten Weltkrieges hingenommen werden. Es ist auch nicht vorstellbar, daß die Sowjetunion, die in diesem Krieg Millionen von Menschen verloren hat, das wieder aufgibt, was sie als die Frucht eines unter großen Opfern errungenen Sieges betrachtet. Wir waren uns sicher, daß grundlegende Veränderungen nur um den Preis der Gefährdung des Friedens in Europa möglich sein könnten. Und ein solcher Preis, das sage ich zumindest für uns Ostdeutsche, schien uns zu hoch!

Hier gab es einen weitreichenden Konsens. Und dieser Konsens galt auch